

Pressemitteilung

10.03.2020

„So viele Fälle, in denen Verunsicherung oder gar Angst erzeugt werden“ - bvvp dokumentiert zunehmende Krankenkasseneinmischung in psychotherapeutische Behandlungen und fordert ein Ende dieser unwürdigen Praxis

Einschüchterung, Drohungen, Bedrängen – der Bundesverband der Vertragspsychotherapeuten, bvvp, hat bereits 100 Fälle von Krankenkasseneinmischungen dokumentiert und gesichtet. Sie belegen, dass sich viele Kassen offenbar systematisch darüber hinwegsetzen, dass ausschließlich ÄrztInnen und PsychotherapeutInnen das Recht haben, Diagnosen, Indikationen und Behandlungsempfehlungen auszusprechen und zu entscheiden, welche Therapie für ihre PatientInnen die richtige ist.

„Dass unsere Patienten und Patientinnen durch Angestellte der Kassen, die zudem über keine entsprechende Ausbildung verfügen, zu nicht indizierten Therapiemaßnahmen gedrängt werden, sie von diesen verunsichert und eingeschüchtert werden – mit oft weitreichenden negativen Folgen für den Genesungsprozess, ist ein Skandal“, so Benedikt Waldherr, Vorsitzender der bvvp Bundesverbandes. „Dieser Missstand muss im Interesse der Gesundheit unserer PatientInnen dringend behoben werden.“

Nach einem Mitgliederaufruf zur Dokumentation von Einmischungsfällen gingen aus 11 der 15 Landesverbände des bvvp (anonymisierte) Fallskizzen und Protokolle ein, die der bvvp auswertete. Ausführliche Informationen dazu entnehmen Sie bitte dem Anhang.

In den Daten wird deutlich, dass die Krankenkassen besonders häufig **PatientInnen einschüchtern oder Drohungen aussprechen** und / oder die **Aufhebung einer Krankenschreibung entweder ankündigen oder tatsächlich vollziehen**, sollten die PatientInnen nicht den Ratschlägen / Anweisungen der MitarbeiterInnen folgen.

Auch wird versucht, die Versicherten **dazu zu drängen, Reha-Maßnahmen zu beantragen**, selbst wenn eine solche Maßnahme von den behandelnden PsychotherapeutInnen nicht empfohlen wird.

Auffällig ist auch die Häufung von Fällen einer Aufforderung der Krankenkassen an PatientInnen, **andere Behandlungsangebote als die Richtlinienpsychotherapie** zu nutzen. Dieser Punkt umfasst ein breites Spektrum unterschiedlicher Formen der Einmischung, angefangen mit dem „Ratschlag“ an PatientInnen, doch an einer Gesundheitsberatung ihrer Krankenkasse teilzunehmen. Oft werden sie aber dazu gedrängt, sich - trotz laufender psychotherapeutischer Behandlung - Fachärzten bzw. Psychiatern vorzustellen. In einzelnen Fällen wird insistiert, sie sollten sich besser in eine Klinik oder ambulant in einer Tagesklinik behandeln lassen.

VORSTAND

VORSITZENDER

Dipl.-Psych. Benedikt Waldherr
Psychologischer Psychotherapeut

1.STELLV. VORSITZENDE

Angelika Haun, Fachärztin für
Psychosomatische Medizin und
Psychotherapie

2.STELLV. VORSITZENDER

Martin Klett, Kinder- und
Jugendlichenpsychotherapeut

Dr. Michael Brandt
Tilo Silwedel
Dr. Elisabeth Störmann-Gaede
Mathias Heinicke

Ariadne Sartorius
Ulrike Böker
Eva-Maria Schweitzer-Köhn
Rainer Cebulla
Dr. Bettina van Ackern
Dr. Frank Roland Deister

KONTAKT

bvvp Bundesgeschäftsstelle
Württembergische Straße 31
10707 Berlin

Telefon 030 88725954
Telefax 030 88725953
bvvp@bvvp.de
www.bvvp.de

BANKVERBINDUNG

Berliner Volksbank eG
IBAN:
DE69100900002525400002
BIC: BEVODEBB

Gläubiger-ID
DE77ZZZ00000671763

Eine andere Strategie der Kassen, die sich in den gemeldeten Fällen spiegelt, besteht darin, **PatientInnen dazu zu drängen, einen Rentenanspruch zu stellen.**

Mit diesen und weiteren Maßnahmen (Nachfragen zu Stand der psychotherapeutischen Behandlung, Drängen auf Einnahme von Medikamenten, auf Teilnahme an beruflichen Umschulungsprogrammen usw.) üben die Krankenkassen Druck aus und stören damit spürbar den Heilungsprozess, wie eine Vielzahl der behandelnden PsychotherapeutInnen in ihren Fallberichten schildern.

Einige Zitate:

- „Die Kassenmitarbeiterin rief den Patienten sogar mehrfach in der medizinischen Rehabilitation persönlich in seinem Zimmer an, bis die Oberärztin der Klinik dies stoppte. Der Patient war immer massiv verunsichert und verwirrt.“
- Eine Patientin werde „regelmäßig mit Anrufen der Sachbearbeiter konfrontiert mit der Frage, wie es ihr jetzt gehe. Der MDK wird als Druckmittel aufgebaut. Dies führte bereits in der Vergangenheit zu zunehmenden Ängsten der Patientin vor diesen Anrufen sowie massiven Zukunftsängsten“.
- „Nachdem er (der Patient) eine massive Drohung zu Hause auf seinem AB von Seiten der Krankenkasse vorfand (unter der Gürtellinie, ohne Namen), traute er sich nicht mehr ans Telefon.“

„So viele Fälle, in denen Verunsicherung oder gar Angst erzeugt werden, das ist erschreckend und hat System“, sagte Benedikt Waldherr. „Wir dürfen nicht zulassen, dass Krankenkassen systematisch derartige Grenzüberschreitungen vornehmen, offenbar insbesondere wenn PatientInnen lange arbeitsunfähig sind und Krankengeld beziehen.“

Der bvvp verwarft sich gegen die Einmischung von Krankenkassen in psychotherapeutische Behandlungen und fordert: Diese gravierenden Eingriffe in die Therapiefreiheit müssen endlich aufhören.

Mit mehr als 5300 Mitgliedern ist der bvvp die größte integrative Interessenvertretung von ärztlichen, psychologischen und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten.

Für den bvvp

Dipl.-Psych. Benedikt Waldherr

1. Vorsitzender

Berlin, 24.02.2020

Anfragen und Interviewwünsche bitte an:

bvvp Bundesgeschäftsstelle

Frau Anja Manz - Pressesprecherin

Württembergische Straße 31,

10707 Berlin

Tel. *49 30 88 72 59 54

Mobil *49 177 65 75 445

presse@bvvp.de

www.bvvp.de